



Retoboha (4) wird in Madagaskar von Mitarbeitern des Welternährungsprogramms gemessen. In dem Inselstaat herrscht eine Hungerkrise. Weltweit hat die Zahl der Hungernden zuletzt zugenommen. *Foto: Tsiory Andriantsoarana/dpa*

Interview

„Wieder mehr Hungernde“

Der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (Venro) vereinigt rund 140 Nichtregierungsorganisationen. Geschäftsführerin Heike Spielmans zieht eine gemischte Bilanz der Entwicklungspolitik.

Frau Spielmans, im Juni hat Deutschland einen Bericht vorgelegt, in dem es um die Umsetzung der Agenda 2030 ging. Venro konstatierte Bemühungen, die aber nicht ausreichen würden.

Heike Spielmans: Es geht um die Gesamtverantwortung deutscher Politik. Bei allen Bemühungen in der Entwicklungszusammenarbeit hat sich in der Handels-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zu wenig bewegt. Hinzu kommen Rüstungsexporte und deren Auswirkungen.

Agrarsubventionen, Freihandel, unfaire Kredite – keine Änderungen?

Auf jeden Fall zu wenig. Das gilt natürlich für die gesamte EU. Gerade deren Agrar- und Handelspolitik macht vielen Entwicklungsländern nach wie vor zu schaffen.

Aber Entwicklungspolitik hat hierzulande einen neuen Stellenwert.

Das stimmt. Und es ist auch gelungen, das Thema als Aufgabe für die gesamte Bundesregierung zu verankern. Besonders hervorzuheben ist aus unserer Sicht das Lieferkettengesetz. Bei allem Nachbesserungsbedarf, der vor allem den Interventionen des Wirtschaftsministeriums zu verdanken ist, wir haben erstmals ein Gesetz, das die menschenrechtliche und ökologische Verantwortung entlang der Lieferketten festschreibt.



Sieht Erfolge bedroht: Heike Spielmans von Venro. *Foto: Venro*

Könnte Corona Erfolge zunichtemachen?

Das passiert bereits. Es gibt wieder mehr Hungernde, mehr extrem Arme und eine zunehmende Ungleichheit in vielen Ländern der Welt. Aber Deutschland hat hier vorbildlich reagiert und ein Corona-Sofortprogramm aufgelegt und kurzfristig zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Das machen nicht alle Länder.

Dafür sinkt demnächst der Entwicklungsetat.

Ja, nach kräftigem Aufwuchs auf 12 Milliarden Euro. Aber ab 2023 ist ein drastischer Rückgang vorgesehen. Das muss unbedingt verhindert werden.

Wenn Sie auf die Wahlprogramme schauen, was ist Ihnen in Sachen Entwicklungsarbeit aufgefallen?

Wenn wir mal die AfD ausklammern, gibt es schon viel Gemeinsames. Es geht eigentlich weniger um die Auseinandersetzung zwischen den Parteien als mehr um die Behauptung gegenüber anderen Ressorts in der Regierung. *André Bochow*

Vor sechs Jahren haben sich alle UN-Mitgliedsstaaten zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bekannt. Es geht um eine friedliche Welt ohne Armut und Hunger, ohne Ausbeutung und ohne Zerstörung des Planeten. Das ist im Grunde ein Thema, das die gesamte Bundesregierung betrifft. Es wird aber in der Öffentlichkeit vor allem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung repräsentiert. Dem stand in den vergangenen Jahren der CSU-Politiker Gerd Müller vor, der mit einigen Initiativen viel Aufmerksamkeit erregte, dessen Pläne aber immer wieder auf die Interessen der deutschen Wirtschaft prallten. Die Auseinandersetzung zwischen globaler Entwicklungspolitik, nationalen Interessen und Wirtschaftsinteressen spiegeln sich auch in den Wahlprogrammen der Parteien wider.

Grundsätzliche Gemeinsamkeiten Mit Ausnahme der AfD stehen alle Parteien zu den UN-Entwicklungszielen. Es gibt auch überall Bekenntnisse zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, zur Förderung guter Regierungsbereitschaft, von Bildung und der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Unterschiede Sie finden sich nicht zuletzt bei der Bewertung eigener Interessen. Die Union bekennt sich einerseits zum „Gebot der Humanität“, wenn es gilt, Menschen in Armut und Not zu helfen. Dabei konzentrieren sich die beiden christlichen Parteien stark auf die afrikanischen Probleme, unter anderem auf den

Eine Welt für alle – ein Traum?

Entwicklung Deutschland will seinen Beitrag im weltweiten Kampf gegen Hunger, soziales Elend und Krankheiten leisten. Wie das geschehen soll, wird gar nicht so unterschiedlich gesehen. *Von André Bochow*

Agenda 2030

Am 25. September 2015 verabschiedeten die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf einem Gipfeltreffen in New York die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Sie bildet den globalen Rahmen für die Umwelt- und Entwicklungspolitik der kommenden 15 Jahre. Kernstück der Agenda sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwick-

lung. Sie berühren alle Politikbereiche, von der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Finanzpolitik über die Agrar- und Verbraucherpolitik bis hin zu Bereichen wie Verkehr, Städtebau, Bildung und Gesundheit.

Auf dem Weg der Zielerfüllung gibt es auch Rückschläge. Zum Beispiel bei dem Vorhaben, den Hunger bis 2030 zu

beseitigen. Beim deutschen Entwicklungsmi-

„Marshall-Plan mit Afrika“, der klassische Entwicklungshilfe mit eigenständiger unternehmerischer Verantwortung und guter Regierungsführung koppelt.

Am vergangenen Freitag erst hatte die Kanzlerin afrikanische Staats- und Regierungschefs zur Besprechung der Initiative „Compact with Africa“ direkt oder virtuell ins Kanzleramt eingeladen. Bei dieser Initiative, die fortgeführt wird, geht es vor allem um Wirtschaftsbeziehungen und Direktinvestitionen.

Überhaupt wird bei Union und FDP der Nutzen der Entwicklungszusammenarbeit für Europa und Deutschland betont. Die SPD feiert das in dieser Legislaturperiode verabschiedete „Lieferkettengesetz“ als ihren Erfolg. Wobei Entwicklungsminister Müller ganz wesentlich beteiligt war. Die wirtschaftsnahen Kreise der Union sahen das Gesetz aber mit Zähneknirschen und setzten eine Entschärfung durch. Nun will die SPD nachlegen und „ein Gesetz zur Rückverfolgung auf dem Weltmarkt gehandelter Güter auf europäischer Ebene verankern, mit verbindlichen und sanktionsbewehrten Regeln, Zugang zu Gerichten in Europa und Entschädigung der Opfer“.

Die Grünen wollen außerdem eine Institution, die das Regierungshandeln in Sachen Entwicklungsziele überprüft. Und die Linken rufen dazu auf, „im kommenden Jahr in allen Staaten weltweit die Militärausgaben um 10 Prozent zu senken“. Die Idee dahinter: „Wenn alle Staaten das gleichzeitig tun, bleibt die relative Sicherheit für jedes Land gleich – und es würde auf einen Schlag 183 Milliarden Dollar frei-

setzen, um Soziales wie die Bekämpfung von Hunger, Armut und die Folgen der Coronakrise zu finanzieren.“

Ausgaben Das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit auszugeben, ist für viele Nichtregierungsorganisationen (NGO) ein wichtiger Gradmesser. Dieses Jahr hat Deutschland das Ziel zum zweiten Mal erreicht. Allerdings sollen die Mittel für Entwicklung in den kommenden Jahren um ein Viertel gekürzt werden. Die NGO „Global Citizens“ sieht bei Union, SPD, Grünen und Linken ein klares Bekenntnis zum 0,7-Prozent-Ziel. Bei der FDP wird es vermisst. „Dafür“, so die Nichtregierungs-



„**Unterschiede** finden sich nicht zuletzt bei der Bewertung eigener Interessen.

organisation, „gibt die Partei (wie andere auch) ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der wirtschaftlich schwächsten Länder ab und will diese bis spätestens 2030 mit 0,2 Prozent der Wirtschaftsleistung unterstützen.“

AFD Die Partei sieht die Entwicklungsarbeit sehr kritisch und fordert einen „grundsätzlichen Strategiewechsel“. Aufgrund der „begrenzten Mittel soll eine auch an deutschen Interessen orientierte Entwicklungspolitik auf ausgewählte Länder konzentriert werden“.

Jemen Viele Tote bei Raketenangriff

Sanaa. Bei einem Raketenangriff im Jemen sollen mindestens 30 Menschen getötet worden sein. 40 weitere seien verletzt worden, hieß es am Sonntag aus Kreisen einer Klinik in der südlichen Provinz Lahidsch. Laut Augenzeugen schlugen drei Raketen auf dem Luftwaffenstützpunkt Al-Anad ein, der von Regierungstruppen genutzt wird. Al-Anad ist der größte Luftwaffenstützpunkt in dem Bürgerkriegsland, in dem die Huthi-Rebellen gegen Truppen der Regierung kämpfen. *dpa*

ZAHLE DES TAGES

58

Prozent der Teilnehmer an einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa im Auftrag der Zeitschrift „Internationale Politik“ sagten, dass die Bundesregierung auch dann eine härtere Haltung gegenüber China einnehmen und die eigenen Interessen offensiver vertreten sollte, wenn dies die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Land beeinträchtigen sollte. *dpa*

Gottesdienst für die Flutopfer

Aachen. In Anwesenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) haben die großen Kirchen am Samstag in Aachen der Opfer der Flutkatastrophe gedacht. „Welch eine Zerstörung in so kurzer Zeit!“, sagte Georg Bätzing, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, am Samstag im Aachener Dom. Durch das Hochwasser starben Mitte Juli in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mehr als 180 Menschen. Zur Veranstaltung kamen auch Geschädigte der Flutkatastrophe, Hinterbliebene, Helfer und Notfallseelsorger. *dpa*



Hans-Peter Bruckhoff, ein Betroffener, sprach für die Opfer der Hochwasserkatastrophe. *Foto: OLIVER BERG/DPA*

Griechenland EU knüpft Hilfe an Bedingung

Brüssel. Die EU-Kommission will zusätzliche finanzielle Unterstützung für den Schutz der EU-Außengrenzen in Griechenland an Bedingungen knüpfen. „Wir haben gesagt, dass eine solche Zahlung mit der Einrichtung des Mechanismus zur Überwachung der Grundrechte verknüpft werden sollte“, sagte die zuständige EU-Kommissarin Ylva Johansson dem „Spiegel“. Man habe nun eine Arbeitsgruppe gegründet und erwarte in der Sache Fortschritte. *dpa*